

# Auf der Suche nach dem Phantomgeld

Die Wirtschaftsprüfer von EY sollen bei Wirecard jahrelang nicht energisch genug nachgehakt haben. Das wirft die Frage auf: Haben die Kontrolleure versagt oder fehlte ihnen schlicht die Handhabe?

VON CHRISTOPH GIESEN,  
KLAUS OTT, NICOLAS RICHTER,  
JÖRG SCHMITT, JAN WILLMROTH  
UND NILS WISCHMEYER

Die Lage war ernst im April 2018 in der Asien-Zentrale von Wirecard in Singapur. Ein Whistleblower hatte Luftbuchungen, Scheinüberweisungen und Betrug in Millionenhöhe im fernöstlichen Geschäft des Zahlungsdienstleisters gemeldet. Am Konzernsitz in Aschheim bei München richtete ein Manager aus der Rechtsabteilung daher am 17. April eine Gruppe beim Kurznachrichtendienst Telegram ein. „SG Compliance“ nannte er den Chat. „Hallo Jungs“, schrieb er seinen beiden Kollegen in Singapur, die den Fall vor Ort betreuten. Er habe die Erlaubnis von Vorstandsmitglied Jan Marsalek, die Wirtschaftsprüfer von EY anzusprechen. Den Wirecard-Juristen ging es damals offenbar darum, einen Überblick zu bekommen und den Rat von Experten einzuholen. EY, eine der weltweit vier großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, kümmert sich seit Jahren um die Bilanzen von Wirecard.

Bereits einen Tag später fand das Telefonat mit dem bei EY für Wirecard zuständigen Prüfer statt. Es war morgens um neun Uhr in Aschheim und bereits Nachmittag in Asien, als die drei Juristen erfuhren, dass in den Bilanzen in Singapur sehr wahrscheinlich ein gewaltiges Loch klaffte: „Es sieht so aus, als würde sich das Problem von einem Verlust von 13 Millionen auf einen Verlust von 34-35 Millionen verschieben. Das wäre eine bedeutende Änderung“, schrieb einer der Juristen aus Singapur später in die Telegram-Gruppe. Er fügte hinzu: „Es sieht nicht so aus, als hätte K. (der EY-Prüfer, Anm. der Red.) eine andere Option auf dem Tisch, als das Testat einzuschränken.“ Sein Kollege stimmte zu: Kundenbeziehungen seien nicht nachvollziehbar gewesen, es fehlten Unterlagen. Zudem falle auf, dass mehrere Firmenteile nur Verluste machten, die Prognosen aber immer von Profiten ausgingen, notierten die Wirecard-Juristen ernüchtert. Und es wurde ihnen immer klarer, dass die Zahlen wild durcheinander flogen. Dieser Eindruck ergibt sich nicht nur aus dem Telefonat, sondern auch aus E-Mails, die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegen.

Jedes Jahr im Frühling wurde es hektisch, wenn der Jahresabschluss anstand,

fast täglich gingen dann E-Mails zwischen Aschheim, München und Singapur hin und her. Am 4. April 2018 etwa, wenige Tage vor dem erwähnten Telefonat, meldete sich eine EY-Prüferin aus Deutschland per E-Mail bei Mitarbeitern von Wirecard in Singapur. Sie habe die Umsätze der verschiedenen Gesellschaften in Asien addiert, schrieb sie, und sei auf Widersprüche gestoßen. Bereits bei dieser eher simplen Probe hatte sie eine Differenz von gut 2,5 Millionen Euro gefunden. „Könnten Sie uns bitte diese Diskrepanz erklären und/oder eine neue Version an uns schicken?“, wollte sie wissen. Ein Manager aus der Buchhaltung von Wirecard schrieb daraufhin seinem Kollegen in Singapur: EY sei nicht glücklich, dass Wirecard ein immer größeres Wachstum ausweise. Es bestehe die Gefahr, dass „EY die Story nicht akzeptiert ... also bitte pass auf!“

Doch wer hat im Fall Wirecard nicht aufgepasst? Das ist die große Frage in diesem Wirtschaftskrimi. Wären der mutmaßlich betrügerische Aufstieg und der freie Fall von Wirecard zu verhindern gewesen? Hätte der Milliarden Schaden vermieden werden können? Die Staatsanwaltschaft München I geht davon aus, dass die Bilanzen von Wirecard von 2015 an falsch gewesen seien. Und in all diesen Jahren war EY der Rechnungsprüfer. In der Branche heißt es, Bilanzprüfer seien keine Wirtschaftsdektive. Das sei weder ihre Aufgabe, noch hätten sie dazu die Mittel.

2008 hatte Wirecard EY zunächst wegen Manipulationsvorwürfen mit einem Sondergutachten beauftragt. Von 2009 an prüfte EY dann auch die Jahresbilanzen von Wirecard. Anfangs noch gemeinsam mit einer kleinen Kanzlei, von 2011 an dann allein. Von den ersten Vorwürfen der Bilanzmanipulation bis zum Kollaps von Wirecard hatte EY so umfangreichen Zugang zur Buchhaltung. Und immer unterschrieben die Abschlussprüfer am Ende.

Nur das letzte Testat – für das Geschäftsjahr 2019 – erteilte EY nicht. Das lag an der entschlossenen Aufklärung, die EY-Prüfer seit Jahresbeginn betrieben hatten. Nachdem Wirecard EY Ende Januar 2020 mitgeteilt hatte, dass ein neuer Treuhänder auf den Philippinen angeheuert worden war, der bei zwei Banken 1,9 Milliarden Euro verwalten sollte, flog Anfang März ein EY-Manager nach Manila. Auch ein Kollege einer anderen Prüfungsge-

sellschaft war dabei; ferner Wirecard-Vorstand Marsalek. Gemeinsam besuchten sie Banken und trafen den Treuhänder. Im April glich man dann per Videokonferenz die Unterschriften der Bankmitarbeiter ab, weil Zweifel an der Echtheit aufgekommen waren. Schließlich sollten als Test viermal je 110 Millionen Euro überwiesen werden, um die Existenz des Geldes auf den Philippinen nachzuweisen. Dazu kam es nicht mehr, weil es das Geld schlicht nie gab: Die 1,9 Milliarden Euro waren reine Fantasie. Wie konnte es so weit kommen?

Wann immer es in den vergangenen Jahren darum ging, das Firmenvermögen zu untersuchen, das Wirecard angeblich über Treuhänder bei Banken in Asien hinterlegt hatte, gaben sich die Prüfer offenbar mit Nachweisen Dritter zufrieden. EY bekam von einem Treuhänder aus Singapur Bankbestätigungen, erhielt Nachweise von Wirecard-Buchhaltern und ließ sich auf Screenshots. Aber die Prüfer taten nicht, wozu sie nach Ansicht von Fachleuten verpflichtet gewesen wären: EY fragte etwa im Jahr 2019 nicht direkt bei der OCBC Bank aus Singapur nach, ob knapp eine Milliarde Euro dort auf vier Konten liege. Auf Anfrage äußert sich EY nicht, warum man nicht genauer nach dem Geld gefragt habe, sondern verweist auf die Schweigepflicht für Wirtschaftsprüfer.

Erst nachdem die Zweifel an Wirecard, vor allem durch die Berichterstattung der *Financial Times*, immer größer geworden waren, wurde die Prüfungsellschaft KPMG 2019 beauftragt, ein Sondergutachten zu erstellen. KPMG sollte tiefer graben, als es Bilanzkontrolleure in Deutschland normalerweise tun oder tun können. Aber reicht das als Erklärung? Hätte EY das mutmaßliche Betrugssystem bei Wirecard nicht selbst früher enttarnen müssen?

Wirecard hat die angeblich auf Treuhandkonten ausgelagerten Phantom-Millionen jahrelang als Zahlungsmittel bilanziert. Also als Geld, auf das der Konzern ständig frei zugreifen kann. „Zahlungsmittel sind eigentlich leicht zu überprüfen: Das Geld ist entweder da, oder eben nicht“, sagt [Carola Rinker](#), Expertin für Bilanzfälschung. „Das setzt aber voraus, dass man auch ohne Umwege dort nachfragt, wo es angeblich liegen soll.“ Zumal es schon im Jahresabschluss für 2018 um knapp eine Milliarde Euro ging – mehr als ein Drittel der damals in der Bilanz ausgewiesenen Zahlungsmittel. Angeblich verwahrt bei einer Treuhandgesellschaft, deren Chef anderweitig Beziehungen zu Wirecard hatte. Und nur verbucht bei einer einzigen Bank, jener OCBC. Macht so ein Klumpenrisiko nicht jeden Prüfer misstrauisch?

EY erklärt heute, getäuscht worden zu sein. Man sehe klare Anzeichen dafür, dass es bei Wirecard einen umfassenden Betrug gegeben habe. „Auch mit umfangreich erweiterten Prüfungshandlungen ist es unter Umständen nicht möglich, diese Art von konspirativem Betrug aufzudecken“, heißt in einem Statement. Im Rahmen der Abschlussprüfung für 2019 habe EY dann die gefälschten Unterlagen entdeckt. Wir wurden betrogen – und haben dann aufgedeckt: Ähnliche Erklärungen kommen fast nach jedem Bilanzskandal von den großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften.

Beispielhaft ist der 2009 bekannt gewordene Fall des indischen Computerkonzerns Satyam. Nach einem fast zehn Jahre andauernden Rechtsstreit belegte die indische Börsenaufsicht den dortigen Ableger des EY-Konkurrenten PwC Anfang 2018 mit einem zweijährigen Betätigungsverbot. PwC erklärte damals, es habe kein absichtliches Fehlverhalten gegeben bei dem „beispiellosen, vom Management begangenen“ Betrug. Das Verbot wurde inzwischen vorzeitig aufgehoben.

„Wenn der Wirtschaftsprüfer sagt, dass er reingelegt wurde, ist das entweder ein Zeichen von Inkompetenz oder Komplizenschaft“, sagt die US-Expertin Francine McKenna, eine frühere Wirtschaftsprüferin. Bei EY sieht man das anders. „Wir haben die Bombe selber gezündet, die uns jetzt um die Ohren fliegt – und wir haben keine Sekunde gezögert, es zu tun“, heißt es in EY-Kreisen. Für die Prüfer hängt jetzt viel davon ab, was bei Gericht in den USA droht. Mit Blick auf Deutschland ist der Re-

## Den Wirtschaftsprüfern stehen langwierige, lästige Gerichtsverfahren bevor

putationsschaden schon da. Angesichts der steigenden Zahl an Klagen gegen Wirecard als auch gegen EY muss sich die Prüffirma auf langwierige Prozesse einstellen. Finanziell dürfte das nur gefährlich werden, wenn es Anwälten gelingen sollte, ein vorsätzliches Fehlverhalten der Prüfer nachzuweisen. In den USA können solche Fälle teuer werden, aber US-Recht ist hier nicht unbedingt einschlägig. Es war keine US-Gesellschaft von EY als Abschlussprüferin beteiligt, und die Wirecard-Aktie ist in den USA nicht an der Börse gelistet. Die dortige strenge Börsenaufsichtsbehörde SEC dürfte also nicht ermitteln. Auch zivilrechtlich hat EY in den USA wohl eher wenig zu befürchten: Er halte das Haftungsrisiko in den USA für begrenzt, meint der Chicagoer Rechtsanwalt Joshua B. Silverman. Im Nachgang des Korruptionsskandals um den brasilianischen Ölkonzern Petrobras erzielte er eine außergerichtliche Einigung mit PwC in Millionenhöhe.

Bei aller Hektik und Gerechtigkeit, die zwischen Wirecard und den Wirtschaftsprüfern mitunter herrschte, blieb auch Zeit für gemeinsame Feiern. Etwa im Dezember 2017, als sich ein EY-Prüfer die Wirecard-Büros im indischen Chennai just von jenem Manager zeigen ließ, der später in Singapur unter Betrugsverdacht geriet. Am Ende bedankte sich der EY-Mann per E-Mail: für die Vorbereitung der Reise, die Diskussionen, die Erklärungen – und für die Unterhaltung. Abends hatte man sich ungezwungen an der Bar getroffen.